

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für int. Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

vernehmlassungen@estv.admin.ch

Bern, 13. Dezember 2016

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Verrechnungssteuer (Konzernfinanzierung)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Geschätzte Damen und Herren

Wir danken Ihnen, dass wir zur Änderung der Verrechnungssteuerverordnung Stellung nehmen können.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) befürwortet den Vorschlag des Bundesrates, dass eine ausländische Konzerngesellschaft künftig Mittel im Umfang von höchstens ihrem Eigenkapital verrechnungssteuerfrei an eine zum gleichen Konzern gehörende und in der Schweiz ansässige Gesellschaft weiterleiten kann.

Der Bundesrat erhofft sich mit dieser Verordnungsänderung, bisher im Ausland angesiedelte Finanzierungstätigkeiten von Schweizer Konzernen in die Schweiz zurückzuholen (Cash Pools u.a.) und eine Verlagerung anderer Konzernfunktionen verhindern zu können. Dies dürfte vor allem unter den BEPS-Vorgaben der OECD an Bedeutung gewinnen. Jedoch erleichtert die Verordnungsänderung auch die Ausgabe von Obligationen über ausländische Konzerngesellschaften, was dem Ziel, den inländischen Kapitalmarkt für Unternehmensanleihen zu stärken, widerspricht. Da die konzernexterne Finanzierung aber bereits heute meist im Ausland stattfindet, führt dies nicht zu Mindereinnahmen für den Fiskus. Insgesamt wirkt sich die Verordnungsänderung daher entweder positiv oder gar nicht auf die Steuereinnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden aus.

Für den SGB ist es zentral, dass die Sicherungsfunktion der Verrechnungssteuer gestärkt wird. Wir bitten Sie, dieses Anliegen in den laufenden Arbeiten zur Reform des Verrechnungssteuergesetzes zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Paul Rechsteiner
Präsident



Daniel Lampart
Leiter SGB-Sekretariat
und Chefökonom